

General Clay: Berlin bleibt frei!

Der Sonderberater Kennedys in Berlin eingetroffen — Herzlicher Empfang

Berlin (Eigenbericht/ap/dpa/upi). Herzlich von der Berliner Bevölkerung begrüßt, ist General Lucius D. Clay als Sonderberater Präsident Kennedys in Berlin eingetroffen. Unmittelbar nach seiner Ankunft erklärte Clay auf dem Flughafen Tempelhof, seine Ernennung solle die Entschlossenheit des Westens beweisen, „daß Berlin für immer frei bleibt“. Auf der Fahrt zum amerikanischen Gästehaus in Wannsee jubelten ihm Zehntausende zu.

Der Sonderberater Präsident Kennedys war mit einer planmäßigen Maschine der PAA auf dem Zentralflughafen Tempelhof gelandet. Er wurde mit militärischen Ehren empfangen. In Begleitung des US-Stadtkommandanten, General Watson, schritt Clay die Front einer Ehrenkompanie der amerikanischen Luftwaffe und der Bereitschaftspolizei ab, während Panzer 19 Schuß Salut feuerten. Im Namen aller Berliner begrüßte Brandt, der mit der gleichen Maschine aus Frankfurt gekommen war, Clay auf das herzlichste. Berlin sei überzeugt, sagte Brandt, daß es das gemeinsame Interesse Deutschlands und der USA sei, die Freiheit der Stadt zu behaupten und ihre Entwicklung zu fördern. Zum Empfang waren zahlreiche Repräsentanten der Stadt, unter ihnen auch Bürgermeister Amrehn und Parlaments-Vizepräsident Müllerburg, erschienen.

Clay erwiderte, er sei glücklich und stolz, wieder in Berlin zu sein. Wörtlich betonte er: „Ich komme als persönlicher Vertreter Präsident Kennedys, der mich entsandt hat, da er um das Schicksal und die Zukunft der Stadt besorgt ist.“ Über die Kraft und Standfestigkeit der Berliner Bevölkerung sei er sehr zuversichtlich. Berlin werde einen wichtigen Platz in der Welt von morgen einnehmen.

Danach fuhr Clay in Begleitung Brandts und eskortiert von 25 „weißen Mäusen“ der Berliner Polizei durch die

Straßen Berlins zu seinem Wohnsitz in Wannsee. Immer wieder jubelten ihm die Berliner zu und viele warfen sogar

Blumen. Clay, sichtlich ergriffen, winkte mit beiden Händen.

Wie von amerikanischer Seite mitgeteilt wurde, hatte sich Clay ausdrücklich für ein fahrplanmäßiges Zivilflugzeug zur Reise nach Berlin entschieden. Er wollte damit persönlich den westlichen Standpunkt unterstreichen, daß die Luftkorridore nicht nur für Militärmaschinen eingerichtet worden seien.

Einigung über Abrüstungs-Grundsätze

Ein wichtiger Ansatzpunkt zu künftigen Ost-West-Verhandlungen

New York (dpa/ap). In Geheimverhandlungen haben sich die Sowjetunion und die USA überraschend über die Grundsätze künftiger Ost-West-Verhandlungen zur Abrüstung geeinigt. Ein Einvernehmen über die Zusammensetzung des Gremiums, in dem diese Verhandlungen stattfinden sollen, konnte jedoch noch nicht erzielt werden.

Die Einigung über die Grundsätze künftiger Abrüstungsverhandlungen wurde gestern überraschend von den Regierungen der USA und der Sowjetunion der UNO mitgeteilt. Die Erklärung wurde in diplomatischen Kreisen New Yorks als ein wichtiger Ansatzpunkt für Ost-West-Verhandlungen gewertet.

Die Einigung ist in Geheimverhandlungen, die seit einigen Monaten zwischen dem Abrüstungsbeauftragten Kennedys, McCloy, und dem sowjetischen UNO-Delegierten Sorin stattfanden, erzielt worden. Die vereinbarten Grundsätze sind in einer längeren Erklärung enthalten, die der UNO zugestellt wurde. Danach haben sich die beiden Mächte geeinigt, bei kommenden Abrüstungsverhandlungen für folgende Ziele einzutreten: 1. Die Auflösung der bewaffneten Streitkräfte aller Nationen. 2. Die Vernichtung

aller Vorräte zu nuklearen, chemischen, bakteriologischen und anderen Waffen der Massenvernichtung. 3. Die Vernichtung aller Träger von Massenvernichtungsmitteln. 4. Die Abschaffung aller Ausbildungs- und Übungsgelegenheiten militärischer Art.

In der Grundsatzklärung heißt es ferner, daß zu allen Zeiten bei den einzelnen Stufen der Abrüstung ein militärisches Gleichgewicht erhalten bleiben muß und daß die Inspektoren einer internationalen Abrüstungs-Organisation jederzeit ohne Veto Zugang zu allen Plätzen der Erde haben müssen.

Über die Zusammensetzung eines künftigen Abrüstungs-Gremiums muß jetzt die UNO-Vollversammlung entscheiden, da die Gespräche zwischen McCloy und Sorin mit dem Bericht an die UNO abgeschlossen sind.

Ein allgemein gehaltener Absatz der Erklärung nimmt auch indirekten Bezug auf das Berlin-Problem. Es heißt dort, die beiden Mächte seien der Auffassung, daß es für die Schaffung von Abrüstungs-Vereinbarungen wichtig sei, „daß alle Staaten sich an die bestehenden internationalen Abmachungen halten, und daß sie von Aktionen absehen, die die internationale Spannung erhöhen können.“

Bloch und Schnurre

E.-A. J. Vor einigen Tagen veröffentlichte eine deutsche Tageszeitung einen erneuten Aufruf des Berliner Schriftstellers Wolf-Dietrich Schnurre an die „Schriftsteller der DDR“, der den vor einigen Wochen in Ostberlin übergebenen und gemeinsam von Schnurre und Günther Grass unterzeichneten Brief an Weltfremdheit und Verworrenheit noch übertrifft. Die in der Zone lebenden Schriftsteller haben, wie Schnurre schreibt, ihn am 13. August enttäuscht. Sie hätten eine „Förmel“ des Protestes finden müssen. Dazu wäre „nur Einsichtigkeit (?) ... nur Verantwortungsbewußtsein ... nur etwas Mut notwendig gewesen“. Wörtlich führt Schnurre aus: „Was hätte Ulbricht dem Schriftstellerverband anhaben können, wenn dessen Mitglieder sich nach einem klaren Bekenntnis zu den Grundsätzen des Sozialismus gegen die Gewaltaktionen ausgesprochen hätten? Nichts!“

Der Dichter Schnurre scheint weder Ulbricht noch den Kommunismus jemals verstanden zu haben. Wie hätte er sonst erklären können: „Ich setze Terror und Diktatur nicht unbedingt gleich mit Kommunismus. Aber ich setze Terror und Diktatur gleich mit der Schreckensherrschaft Ulbrichts.“ Die Hunderte, die seit dem 13. August, und die Hunderttausende, die vor diesem Tag der Zone — wie oft unter Lebensgefahr! — den Rücken gekehrt haben, wußten offenbar besser als Schnurre, was es bedeutet, im Machtbereich der Kommunisten eine andere, eine eigene Meinung zu haben.

Unter ihnen befindet sich seit gestern ein Mann, dem man wahrscheinlich nicht nachsagen kann, er sei ein Feind der Kommunisten. Ja, man müßte ihn wohl als ausgesprochenen Freund der „Ersten Arbeiter- und Bauernmacht“ bezeichnen, nachdem er sich im Jahre 1949 entschlossen hatte, aus seinem amerikanischen Asyl zurückzukehren, um einem Ruf als Philosophie-Professor an die Universität Leipzig Folge zu leisten. Wer jenen Brief, den

der 76jährige Ernst Bloch an den Präsidenten der „Deutschen Akademie der Wissenschaften“ in Ostberlin geschrieben hat, neben den Artikel Schnurre's hält, der vermag erst das Ausmaß der Skurrilität zu erfassen, die die Erzählungen des Dichters so köstlich macht, hier jedoch eine erschreckende politische Verblendung erkennen läßt.

Bloch hingegen stellt mit philosophischer Klarheit fest, was ist und nicht, was sein sollte. Er schildert den Weg eines Wissenschaftlers von der Freiheit in die Unfreiheit, den Weg in die „Bedrohung“ und die „unwürdigen Verhältnisse“ der ihm schließlich keinen „Lebens- und Wirkungsraum“ mehr ließ. Ob Schnurre wohl errät,

weshalb der alternde Philosoph, der dem Kommunismus ein Leben lang Sympathie und Liebe gewidmet hat, nicht einfach aus Leipzig einen Brief „an den Herrn Staatsvorsitzenden“ geschrieben hat, in dem er ihm seinen Wunsch zur Übersiedlung in die Bundesrepublik aus gegebenem Anlaß mittelt? Hat der Dichter des „kleineren Übels“ (Leben im kapitalistischen Westen!) die Namen Wolfgang Harichs und vieler anderer vergessen? Immerhin war dieser Blochs Schüler und verbüßt seine zehnjährige Zuchthausstrafe.

Als ob sich Ulbricht um die intellektuelle Unterscheidung eines Westberliner Schriftstellers kümmerte, der dem

Fortsetzung auf Seite 3

Wortlaut des offenen Briefes

Der offene Brief Professor Blochs an den Präsidenten der sowjetzonalen Deutschen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. Hartke (Berlin), hat folgenden Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Präsident, seit Mai 1949, nach meiner Rückkehr aus der Emigration in Amerika, lebte ich, nachdem ich eine Berufung auf den Leipziger Lehrstuhl für Philosophie angenommen hatte, in dem Staat, der sich nachher als Deutsche Demokratische Republik bezeichnete.

In den ersten Jahren meiner Universitätstätigkeit erfreute ich mich ungehindert der Freiheit des Wortes, der Schrift und der Lehre. In den letzten Jahren hat sich diese Situation zunehmend geändert. Ich wurde in die Isolierung getrieben, hatte keine Möglichkeit, zu lehren, der Kontakt mit Studenten wurde unterbrochen, meine besten Schüler wurden verfolgt und bestraft, die Möglichkeit, für publizistisches Wirken wurde unterbunden. Ich konnte in keiner Zeitschrift veröffentlichen, und der Aufbauverlag in Berlin kam seinen vertraglichen Verpflichtungen meinen Werken gegenüber nicht nach. So entstand die Tendenz, mich in Schweigen zu begraben.

Demgegenüber gaben mir seit geraumer Zeit Universitäten, Zeitschriften und mein Verlag in Westdeutschland Gelegenheit, zu lehren, zu publizieren und meine bisherigen Arbeiten ungestört fortzusetzen.

Nach den Ereignissen vom 13. August, die erwarten lassen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, /bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen und der Bedrohung, die sie allein aufrechterhalten, auszusetzen. Mit meinen 76 Jahren habe ich mich entschieden, nicht nach Leipzig zurückzukehren.

Ich muß Ihnen deshalb, sehr verehrter Herr Präsident, mitteilen, daß ich bei künftigen Sitzungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, deren ordentliches Mitglied ich bin, zu meinem wahren Bedauern nicht mehr anwesend sein kann.

In besonderer Wertschätzung sehr ergeben
gez. Ernst Bloch“

Scharf protestierte gegen Ausbürgerung

Der Präses bemühte sich mehrfach um Zuzug für seine Familie nach Ostberlin

Berlin (dpa). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Scharf, hat bereits am 9. September beim Sowjetzonen-Innenministerium Einspruch gegen seine Ausbürgerung erhoben. Eine Antwort wurde noch nicht erteilt. Am Tage zuvor hatte der Ratsvorsitzende in einem Schreiben den Chef der Ostberliner Verwaltung, Ebert, gebeten, ihm die Rückkehr in das sowjetisch besetzte Gebiet zu ermöglichen. In seinem Schreiben bat der Ratsvorsitzende außerdem um die Genehmigung des Zuzugs für seine Ehefrau nach Ostberlin.

Präses Scharf war am 31. August bei der Rückkehr aus dem Westsektor nach Ostberlin an der Sektorengrenze das Betreten des „Demokratischen Berlin“ untersagt worden. Gleichzeitig wurden ihm der Durchfahrtsberechtigungsschein für Fahrten nach Westberlin, den er für die Ausübung seiner Dienstgeschäfte in Westberlin erhalten hatte, und der sowjetische Personalausweis abgenommen.

Wie von kirchlicher Seite auf Anfrage mitgeteilt wurde, bemühte sich Präses Scharf in den letzten zehn Jahren mehrfach um den Zuzug für seine Familie von West- nach Ostberlin. 1951 erhielt der Präses den Zuzug nur für sich selbst. Die Übersiedlung seiner Familie wurde mit dem Hinweis auf Mangel an Wohnraum abgewiesen. Scharf meldete sich in Westberlin ab, gab den Westberliner Personalausweis zurück und wurde Bürger in Ostberlin. Er bezog damals zunächst ein kleines Studentenzimmer im Heinrich-Grüber-Haus neben der Ostberliner St.-Marien-Kirche und zog später in ein Gebäude der Petri-Gemeinde an der Friedrichsgracht um. In diesem Hause hat der Ratsvorsitzende bis zu seiner Ausweisung gewohnt, anfangs in einem Zimmer und in den letzten Jahren gemeinsam mit einem anderen Kirchenbeamten in einer Zwei-Zimmer-Wohnung. In dieser Wohnung hielt sich Scharf nicht nur an den mei-

sten Tagen der Woche, sondern entsprechend der Meldevorschriften der Sowjetzonen-Behörden auch etwa jede zweite Nacht auf.

1952 erhielt die älteste Tochter Scharfs eine Aufenthaltsgenehmigung für Ostberlin, die jedoch nach Ablauf von drei Monaten wieder zurückgezogen wurde. Erst nach Einschaltung von Propst Grüber erreichte man dann für Ingeborg Scharf den endgültigen Zuzug nach Ostberlin. Grüber hatte als Bevollmächtigter des Rats der EKD bei der Sowjetzonenregierung den zuständigen Dienststellen auf drastische Weise erklärt: „Der Mann muß doch wenigstens einen Menschen ha-

ben, der ihm die Strümpfe stopft.“

Hauskauf nicht genehmigt

Um endlich auch die Übersiedlung seiner Frau nach Ostberlin erwirken zu können, erwarb Scharf in den Jahren 1958/59 ein Grundstück mit einem kleinen Haus in dem Ostberliner Vorort Grünau. Der notarielle Kaufvertrag dafür war bereits abgeschlossen und die Kaufsumme bezahlt, als der Stadtbezirk Köpenick den Kaufvertrag mit dem Hinweis aufhob, das vom Präses erworbene Haus müsse Staatsfunktionären oder Wissenschaftlern zur Verfügung gestellt werden. Später wurde dieses Haus einer allein stehenden Frau zugewiesen.

Bloch und Schnurre

Fortsetzung von Seite 2

Wunschbild eines idealen kommunistischen Staates nachhängt. Der SED-Sekretär fühlt sich als linientreuer kommunistischer Staatsmann und, was wichtiger ist, er und seine Regime werden als Inkarnation des Kommunismus von den unterdrückten Menschen empfunden. Die Gleichung „Kommunismus=Ulbricht=Terror“ geht, darüber gibt es seit dem 13. August nicht mehr den leisesten Zweifel, auf.

Rudolf Krämer-Badoni — eins der wenigen weißen Schafe offenbar unter zahlreichen schwarzen — schreibt in der Mittwoch-Ausgabe der „Welt“: „Der 13. August war keine Überraschung und keine Enttäuschung für mich. Seit 15 Jahren benehmen sich die Kommunisten in Mitteldeutschland und Osteuropa und seit 40 Jahren in Rußland so wie am 13. August in Berlin.“

Schnurre und sein politisch-dilettantischer Poetenanhang mögen sich auch jenen einen Satz aus Blochs Brief einprägen, der einer Blitzlichtaufnahme der Bundesrepublik gleicht, aber in der Auseinandersetzung zwischen Bonn und Pankow keines Kommentars bedarf. Er lautet: „Demgegenüber geben mir seit geraumer

Zeit Universitäten, Zeitschriften und mein Verlag in Westdeutschland Gelegenheit zu leben, zu publizieren und meine bisherigen Arbeiten ungestört fortzusetzen. Von diesem Teil Deutschlands meint freilich Schnurre, die Schriftsteller hätten hier nur zu schweigen. Zwar lebten sie hier „relativ ungefährdeter als in der DDR“, aber ihre Äußerungen müßten sich „Verurteilung“ gefallen lassen.

Dummheit, Halbwahrheit und Feigheit dürfen in diesem Teil Deutschlands glücklicherweise noch „verurteilt“ werden, auch dann, wenn sie aus dem Mund solcher Staatsbürger kommen, die sich für Gralshüter der Wahrheit und Gerechtigkeit halten.

Der große alte Philosoph hat das Scherbengericht über jenen Teil Deutschlands gehalten, der immer mehr einem riesigen Konzentrationslager gleicht, um den sich die Mauern höher und höher türmen, der seine Bürger unter die Waffen zwingt und von dem geknechteten Volk noch zynisch den Beifall mit dem Stimmzettel fordert.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Sensation in der Exklave Steinstück

General Clay landete mit Hubschrauber

Auf der Heuwiese erste Gesprächspartnerinnen

„Ich komme wieder!“ sagte Clay



WESTBERLINER STUDENTEN errichteten in der Bernauer Straße an der Stelle, wo am 22. August eine Ostberlinerin bei einem Fluchtversuch durch einen Sprung aus dem Fenster ums Leben kam, ein Mahnmal aus Stacheldraht

Im Rahmen seiner Informationsbesichtigungen entlang der Grenzen Westberlins besuchte der Sonderbeauftragte Kennedys für Berlin, General Lucius D. Clay, die Exklave Steinstück. Unter den rund 200 Einwohnern dieses durch einen etwa 1000 Meter breiten Streifen Zonengebiets abgetrennten Zehlendorfer Ortsteiles herrschte eine unbeschreibliche Hochstimmung, nachdem sie sich von der ersten Verblüffung erholt hatten. Clay ist nämlich nicht nur der erste Amerikaner, der seit einem Jahrzehnt die Exklave besucht, er wählte auch einen Weg, den vor ihm noch niemand benutzt hatte: den Luftweg.

Um 11.05 Uhr landete der General mit einem Hubschrauber der US-Schutzmacht in Berlin auf einer Wiese Steinstückens.

Zunächst traf der General, der nur von einem deutschsprechenden US-Offizier begleitet war auf zwei Frauen bei der Heuernte. Er fragte sie nach dem Angestellten der Bezirksamt-Nebenstelle, Reichow, der sofort auf einem Fahrrad hinzueilte, nachdem er benachrichtigt worden war. Unter seiner Führung machte sich General Clay mit den Problemen der Exklave vertraut. Von der Inhaberin des einzigen Geschäftes in Steinstückens wurde ihm ein Glas Moselwein kredenzt. Vor der Bezirksamt - Nebenstelle hatte sich mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung eingefunden, um den hohen Besuch mit Blumen, Winken und Zurufen zu begrüßen. Die uniformierten Grenzposten auf östlicher Seite verhielten sich während der ganzen Zeit ruhig. Um 11.55 Uhr flog General Clay auf dem gleichen Wege wieder zurück. Bevor die „Libelle“ vom Boden abhob, machte Clay im Stile Churchills mit zwei Fingern das „V“-Zeichen und rief: „Ich komme wieder.“

Selbst die US-Militärpolizei ist in den letzten zehn Jahren nicht mehr nach Steinstückens gefahren. Auch der Regierende Bürgermeister und der Zehlendorfer Bürgermeister sind in letzter Zeit immer wieder zurückgewiesen worden.